

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 10

Artikel: Litauen und Lehrgeld : Gespräch mit Prof. Jonas Cepinskis, Kaunas
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092731>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gespräch mit Prof. Jonas Cepinskis, Kaunas

Litauen und Lehrgeld

Zu den Referenten am SOI-Seminar vom 17./18. Mai gehört Prof. Jonas Cepinskis von der Universität Kaunas. Er unterrichtet dort ökologische Ökonomie, das vielleicht nötigste Fach unserer Zeit. Momentan ist er, der perfekt Deutsch spricht, Gastdozent in der Schweiz und war an der jüngsten europäischen Umweltkonferenz in Luzern ein Mitglied der litauischen Delegation.

Inzwischen hat sich Prof. Cepinskis beim SOI vorgestellt: 44-jährig, verheiratet mit einer Spitalärztin, zwei Kinder von 15 und 7, offener Typ, Engagement mit Sinn für Proportionen.

Herr Prof. Cepinskis, wie war die Tagung in Luzern? Gab es nur gute Reden oder auch Resultate?

Eine beliebte Gegenüberstellung, aber ist sie wirklich so tauglich? Es heisst doch «Im Anfang war das Wort», oder?

Jaja, aber im Anfang war es bei Gott, und inzwischen ist es unter die Menschen geraten . . .

. . . die es missbrauchen können, aber nicht notwendigerweise missbrauchen müssen. Nein, im Ernst: Ich weiss ungefähr, was von einem solchen Anlass zu erwarten ist, und ich bin von den textlichen Resultaten nicht enttäuscht.

Man hat ein Aktionsprogramm verabschiedet, welches finanziell mögliche Sofortmassnahmen aufzeigt, um im Osten wenigstens die schlimmsten Umweltschäden zu bekämpfen. Und es ist, was längerfristig enorm wichtig ist, von der Einsicht getragen, dass der ökologische Aspekt beim wirtschaftlichen Wiederaufbau in unsern Ländern von Anfang an dabeisein muss. Anders kommt man von der unheiligen Alternative «Wollt ihr Prosperität und Arbeitsplätze, oder wollt ihr Naturschutz?» nicht weg. Die Ökonomie auf Kosten der Ökologie muss aufhören, und was die zweite Konferenz der europäischen Umweltminister zur Entstehung der richtigen Mentalität beigetragen hat, ist durchaus etwas.

Dann kam es neben den Sitzungen noch zu bilateralen Kontakten, zum

Beispiel mit Skandinavien, aber auch mit Schweizern. Das alles ist nötig, denn in diesen Belangen darf es kein separiertes Europa geben.

Sie sehen hier ein gesamtkontinentales Problem?

Aber sicher. Es gibt da eine Formel, die ich zu gebrauchen pflege: «EUR kommt vor EWR.»

Tönt spannend. Und was heisst das ausgedeutet?

EWR steht, wie Sie wissen, für den Europäischen Wirtschaftsraum. Da gibt es für die einzelnen Staaten die Möglichkeit, dabeizusein oder nicht dabeizusein, was freiwilligerweise der Fall der Schweizer und unfreiwilligerweise der Fall der Balten ist. EUR aber steht für den europäischen Umweltraum. Und da sind alle Staaten unweigerlich mit dabei, ob sie es wollen oder nicht, ob sie es wahrnehmen oder nicht. Man kann den EUR zerstören, aber entgehen kann man ihm nicht. Deshalb kommt der EUR bei Europa rechtens zuerst.

Keine schlechte Merkformel. Aber Sie finden, dass der Westen den Europäischen Umweltraum noch zu wenig gemerkt hat?

Es gibt viele Westeuropäer, die grundsätzlich einsehen, dass wir in dieser Hinsicht alle im gleichen Boot sitzen. Aber sie führen sich zu wenig vor Augen, wie gross das Leck auf unserer Seite ist.

Meinen Sie mit Ihrer Seite die ehemaligen sozialistischen Staaten insgesamt oder speziell das Baltikum?

Beides. Wir haben zusammen mit den andern Nachfolgern des Sowjetlagers die Altlast des Sozialismus zu tragen. Er hat nicht nur die Wirtschaft ruiniert, sondern in katastrophalem Ausmass auch die Natur. Uns Balten hat er mit Chemieproduktion, Ölschieferabbau, Atomkraftwerken und so weiter tatsächlich besonders zugesetzt. Aber ein exemplarischer Fall sind wir noch in anderer Hinsicht. Als Anrainer der Ostsee, die fast ein Binnenmeer ist, belasten wir mit unserer Gewässervergiftung

auch die andern Anrainer und haben eine besonders deutliche gemeinsame Schadstelle in diesem ostwestlichen Eurosektor geschaffen. Wir sind sozusagen das beste Beispiel für den EUR.

Wie geschädigt ist die Ostsee eigentlich? Es gibt doch immer noch den Fischfang, oder?

O ja, wenn man weit genug hinausfährt, kann man noch Fische fangen, durchaus. Bloss: Wer das tut, verkauft alles, ohne selber davon zu essen!

Und das lässt wohl auf das Ausmass an Gewässerverschmutzung im Landesinnern schliessen, ja?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Kaunas mit seinen 400 000 Einwohnern, also Grössenordnung Zürich, hat keine einzige funktionierende Kläranlage.

Wird dem nicht abgeholfen?

Ja, mit einem Sanierungsprogramm von fünf bis sechs Jahren, als ob wir nicht jetzt schon eine riesige Verspätung aufzuholen hätten. Der Schaden liesse sich kostengünstig wenigstens vermindern. Der Westen hat stillgelegte Kläranlagen, die veraltet sind und seinen neuen Kriterien nicht mehr genügen. Aber für uns wären sie noch lange besser als gar nichts. Ähnliches gilt für obsolekte Industrieabgasfilter oder Schadstoffmessgeräte. Die fehlen uns auch.

Heisst das, dass Sie das Ausmass der Verseuchung bei Ihnen gar nicht kennen?

Wir wissen vor allem über ihre Zusammensetzung viel zu wenig. Aber das heisst nicht, dass wir keine Augen und Nasen hätten. Die Sowjetunion hat uns unter anderem zwei chemische Kombinate hinterlassen, und in deren Umkreis von gut 10 km lebt kein Baum mehr; das ist ein sichtbares Ausmass.

Die Autos bei uns fahren ohne Katalysator, und das setzt den Verkehr bei uns imstande, sich hälftig mit der Industrie an der Luftverschmutzung zu beteiligen. Hier ist noch einzufügen, dass in Litauen die Industrie-

produktion auf 50 Prozent zurückgegangen ist, und ohne diese — natürlich unerwünschte — Entwicklung wäre der Schadstoffgehalt noch grösser.

Tritt man der ökologischen Krise auch mit einer gesteuerten Umweltpolitik entgegen?

Tja, man hat 1991 Schadstoffsteuern nach dem Verursacherprinzip eingeführt. Aber sie sind niedriger als die Kosten der Schadstoffvermeidung, und der Erfolg ist dementsprechend bescheiden. Was es braucht, das ist die mentale Umstellung insgesamt. Bisher hat man sich an Boden, Luft und Wasser gratis vergreifen können, und diese Güter müssen ihren Preis haben; anders missachtet man sie.

Ja, aber ist Geld nicht doch der falsche Massstab für die Unerstetzlichkeit der Natur?

Es ist im Gegenteil ein Fehler, die Wirtschaftlichkeit in diesen Belangen ausser Betracht zu lassen. Es gibt mehrere kombinierte Gründe, warum der Sozialismus die Umwelt so zugrunde gerichtet hat, aber das Fehlen eines ökonomischen Instrumentariums in der Umweltpolitik gehörte dazu. Natürlich gab es noch andere Gründe. Die planwirtschaftlichen Erfüllungsquoten waren am einfachsten in blossen Produktionsmengen zu messen; die Diktatur verweigerte Opposition und behandelte auch ökologische Gegenpositionen als feindlich usw.

Ist dieses Motiv beim Aufbruch in die Unabhängigkeit zu kurz gekommen?

Nun, das Aufbegehren gegen die sowjetisch betriebene Umweltzerstörung war geradezu ein Ausgangspunkt der nationalen Unabhängigkeitsbewegung. Die Volksfronten in Estland und Lettland ebenso wie die gleichgerichtete Sajudis in Litauen entstanden 1988 aus dem gleichen Impuls heraus, der auch die grossen ökologischen Protestmärsche in jenem Jahr bewirkte. Der Wunsch nach der Wiederherstellung der Heimat deckte sich wirklich mit dem Wunsch nach Wiederherstellung der Natur. Inzwischen freilich ist man bei den praktischen Problemen angelangt. Das Verschwinden der Sowjet-



Die Umweltverschmutzung ist nur eines der Probleme im Baltikum (Foto: Keystone).

macht war eine Vorbedingung zur Lösung, aber noch nicht die Lösung selbst.

Gilt etwas Ähnliches nicht auch in anderer Hinsicht? Ich meine ganz speziell die baltische Solidarität. Sie schien bis zur Erlangung der Unabhängigkeit überwältigend. 1989 zum Beispiel kam es (im Gedenken an den Hitler-Stalin-Pakt von 1939) zur Einmaligkeit einer zusammenhängenden Menschenkette zwischen den drei Hauptstädten, ferner zur Baltic Assemblée mit ihrer einzigartigen Atmosphäre und so weiter. Was ist daraus geworden?

Zunächst: Verschwunden ist die baltische Solidarität nicht. Es gibt den baltischen Wirtschaftsraum, es gibt baltische Koordination, und auch die genannte Baltic Assemblée erfährt regelmässige Neuauflagen, nur eben versachlicht und ausserhalb des damaligen Elans mit seiner Breite. Aber es ist verständlich genug, dass sich die Balten mit ihrer gemeinsamen Geschichte am stärksten in der Stunde zusammenschlossen, welche die Chance brachte, aus der gemein-

sam erduldeten Diktatur auszubrechen. Danach mussten die nationalen Eigenheiten wieder zum Vorschein kommen.

Wir haben drei Länder mit je eigener Sprache und Kultur. Estland empfindet sich stark als skandinavischer Staat, sprachlich und wirtschaftlich insbesondere mit Finnland verbunden, wohin 40 Prozent seiner Exporte hingehen. Lettland hat einen fast hälftigen Bevölkerungsanteil an Russen, die in Riga die Mehrheit stellen; die Stadt müsste Iwanograd heissen, sagt man.

Verwandelt hat sich auch die politische Landschaft. In ganz Osteuropa ist die Zeit der grossen Bürgerrechtsbewegungen vorüber, und das betrifft bei uns auch die Volksfronten beziehungsweise die Sajudis. Der politische und nationale Alltag kehrt ein, mit allen seinen normalisierten Sorgen.

Wird es doch noch zu einer baltischen Föderation kommen, vielleicht zum Beispiel mit gemeinsamen baltischen Streitkräften?

Das glaube ich nicht, nein. Die abgestimmte Sicherheitspolitik liegt uns am Herzen, aber den übergeordneten Rahmen für später sehen wir eher in der Nato; ihr würden wir gern beitreten. Das Vorbild für die spezielle baltische Zusammenarbeit sehe ich ungefähr in der Art, wie die skandinavischen Staaten sie praktizieren. Und überhaupt meine ich, dass das Baltikum und Skandinavien zusammen eine erkennbare europäische Region bilden.

Inzwischen haben wir wie der gesamte Osten mit der wirtschaftlichen Krisenlage zu tun, und wir Litauer haben es fertiggebracht, sie mit hausgemachten Schwierigkeiten exemplarisch zu vertiefen.

Hat der überraschende Ausgang der litauischen Präsidentschaftswahl dieses Jahr damit zu tun? Sieger wurde ja der seinerzeitige KP-Chef Algirdas Brazauskas, während Vytautas Landsbergis eine Abfuhr erlitt.

Hm, eigentlich habe ich in der Schweiz anderes zu tun, als mich zur innenpolitischen Auseinanderset-

zung der Litauer zu äussern, aber wenn Sie schon von einem «überraschenden» Wahlausgang sprechen: Überraschend war er wohl eher für das Ausland. Und vielleicht zur Sicherheit noch etwas: Die Wahl von Brazauskas hat rein nichts mit einer etwaigen Nostalgie nach kommunistischen Zeiten zu tun. Brazauskas verkörperte ja auch nicht die sowjetische Sache der KPdSU, sondern die litauische Seite der Unabhängigkeit; er stand ja auch der Sajudis zu Gvatter. Und heute verkörpert er als Person die Sache der praxisbezogenen Vernunft.

Im Gegensatz zu Landsbergis?

Ich lasse seine historische Rolle zur gegebenen Zeit gelten, und ich habe auch nichts gegen einen Musikprofessor als Staatsoberhaupt. Nur: Er hat den Bauern beibringen wollen, wie sie die Landwirtschaft zu betreiben hätten, während es keinem Bauern in den Sinn gekommen ist, ihm das Klavierspiel lehren zu wollen. Und so weiter. Er hatte wirklich keinen besonderen Bezug zur Wirklichkeit. Eine Kleinigkeit: Neben seinem anfahren den Wagen mussten richtig aufgemachte «Gorillas» herlaufen, weil das TV-nachweislich im grossen Amerika auch so geschah.

Niedlich, aber die litauisch zugespitzte Wirtschaftskrise wird wohl ernst gemeint sein?

Ja. Sehen Sie, früher exportierten wir unsere Lebensmittel nach Weissrussland, und heute bieten uns die Weissrussen auf dem Markt die Kartoffeln an, die wir nicht mehr zu produzieren vermögen. Aber wir haben auf dem Land eben falsch privatisiert, ahnungslose Städter in die Güter transportiert und eingessene Bauern mit privatwirtschaftlichen Aufgaben eingedeckt, ohne an die erforderlichen Rahmenbedingungen auch nur zu denken. Dann haben wir die politische Unabhängigkeit von Russland mit wirtschaftlicher Abkoppelung verwechselt. Aber wie immer: Das Ergebnis der Wahl ist nicht von ungefähr gekommen, und jetzt wollen wir an die Zukunft denken, zusammen mit den andern Europäern.

Interview: Christian Brügger